

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

N^o 13.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 5317.

Hannover,
Sonnabend, 18. Juni 1898.

Inserate kosten pro 3gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf. Offertenannahme 10 Pf. Redaktion: Burgstr. 41. Verlag: Gofertse 9A.

7. Jahrg.

Die Ergebnisse der Gewerbezahlung 1895.

II.

Interessanter wird die Vertheilung der Betriebe und Personen nach Größenklassen, deren die Gewerbezahlung 11 unterscheidet; es genügt indes, nur auf folgende 7 Klassen Bezug zu nehmen: I. Kleinbetriebe: 1. Kleinbetriebe, 2. Betriebe mit 1-5 Personen. II. Mittelbetriebe: 3. Betriebe mit 6-10 Personen, 4. solche mit 11-50 Personen. III. Großbetriebe: 5. Betriebe mit 51-200 Personen, 6. solche mit 201-1000 Personen und 7. solche mit über 1000 Personen. Ueber die Vertheilung der Betriebe und Personen bei der letzten Zahlung, im Vergleich zu 1882, giebt nachstehende Tabelle Auskunft:

Größenklasse:	Betriebe:		Personen:	
	1895	1882	1895	1882
I. Kleinbetriebe:				
1. Kleinbetriebe	1 714 351	1 877 872	1 714 351	1 877 872
2. Betriebe mit 1-5 Personen	2 230 872	1 004 884	2 230 872	1 004 884
II. Mittelbetriebe:				
3. Betriebe mit 6-10 Personen	1 294 728	2 882 760	1 294 728	2 882 760
4. Betriebe mit 11-50 Personen	113 547	68 761	113 547	68 761
III. Großbetriebe:				
5. Betriebe mit 51-200 Personen	77 732	43 092	77 732	43 092
6. Betriebe mit 201-1000 Personen	191 299	112 712	191 299	112 712
7. Betriebe mit über 1000 Personen	15 624	17 820	15 624	17 820
Gesamt:	3 144 977	3 005 457	3 144 977	3 005 457

Wenn danach auch 93,2 Prozent aller Betriebe auf die Kleinbetriebe entfallen, so beträgt doch deren Anteil der Personen nur 46,5 Prozent, während die 6,1 Prozent Mittelbetriebe 23,9 Prozent der Personen und die 0,6 Prozent der Großbetriebe sogar 29,6 Prozent der Personen umfassen. Die Mittel- und Großbetriebe sind also die hauptsächlichsten Träger der Produktion, auch wenn wir ihre Ueberlegenheit hinsichtlich der Motorenkräfte ganz außer Betracht lassen. Dabei sind jedoch nur die Kleinbetriebe absolut zurückgegangen, während selbst die kleinsten Gehilfenbetriebe mit nur einer Hilfsperson, zugenommen haben. Die Zunahme steigt natürlich proportional mit der Größenklasse; sie beträgt bei den kleinen Gehilfenbetrieben (1-5 P.) 21,4 Prozent, bei den größten Betrieben 100,8 Prozent; in ähnlichem Verhältnis stiegen auch die Personenzahlen. Natürlich kommen die meisten Großbetriebe auf die Industrie, nämlich 9482 gleich 0,9 Prozent aller Industriebetriebe, desgl. auch die meisten Mittelbetriebe, während der Kleinbetrieb im Handel vorherrscht. Von den industriell thätigen Personen kommen auf die Großbetriebe 2 907 405 gleich 36,3 Prozent, auf die Mittelbetriebe 1 901 973 gleich 23,8 Prozent, auf die Kleinbetriebe trotz ihrer 92,6 Prozent der Betriebszahl nur 3 191 125 gleich 39,9 Prozent. Unter den einzelnen Gewerbegruppen haben relativ die meisten Großbetriebe der Bergbau (29,1 Prozent der Betriebe und 95,8 Prozent der Personen), die Papierindustrie (3,4 Prozent der Betriebe und 50,8 Prozent der Personen), Chemische Industrie (3,6 Prozent der Betriebe und 61,7 Prozent der Personen), Leuchtstoff-Industrie (3,2 Prozent der Betriebe und 39,7 Prozent der Personen), und die Industrie der Steine und Erden (4 Prozent der Betriebe und 44,7 Prozent der Personen), während die wenigsten Großbetriebe im Gastwirthschaftsgewerbe, Thierzucht und Fischerei, Handelsgewerbe, Bekleidungs- und in den künstlerischen Gewerben, die wiederum die meisten Kleinbetriebe aufweisen, zu finden sind. Diese Gewerbe, meist lokalen Charakters, sind als eigentliche Domäne des Handwerks zu erachten.

Komplizierter wird die Statistik, wenn wir nun auch noch die sozialen Klassenunterschiede der Gewerbsthätigen durch deren Theilung nach ihrer Arbeitsstellung in's Auge fassen. Die Statistik unterscheidet hierbei hauptsächlich folgende 3, bezw. 5 Gruppen: A. Unternehmer: 1. Selbstständige, Leiter; B. Angestellte: 2. kaufmännisches und 3. technisches Betriebspersonal; C. Arbeiter: 4. mit erwerbende Angehörige des Unternehmers und 5. Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter. Nach den 3 Hauptstellungen finden wir folgende Vertheilung der Gewerbsthätigen: I. Unternehmer: 2 250 653 (2 197 820) männliche und 698 168 (711 856) weibliche, zusammen 2 948 821 (2 909 676) Personen, II. Angestellte: 431 349 (200 113) männliche und 17 550 (4948) weibliche, zusammen 448 944 (205 061) Personen, III. Arbeiter: 5 247 897 (3 433 689) männliche und 1 623 607 (792 363) weibliche, zusammen 6 871 504 (4 226 052) Personen. Von den 10 1/2 Millionen Gewerbsthätigen waren also nur knapp 3 Millionen Unternehmer und nahezu 7 1/2 Millionen Hilfskräfte, nämlich nahezu 1/2 Million Angestellte und 6 1/2 Millionen Arbeiter. Die Unternehmer umfassen 28,7 Prozent (39,6 Prozent), die Angestellten 4,4 Prozent (28 Prozent) und die Arbeiter 66,9 Prozent (57,6 Prozent). Absolut haben alle 3 Gruppen zugenommen, doch hat das weibliche Unternehmertum einen Rückgang zu verzeichnen, der freilich durch die Zunahme der männlichen Unternehmer ausgeglichen wird. Dagegen stellt heute das Unternehmertum, das 1882 noch 1/5 aller Gewerbsthätigen umfaßte, nur noch 1/7 derselben. Die Zahl der Angestellten ist um 118,9 Prozent gestiegen, darunter die weiblichen um 254,7 Prozent, während die Arbeiter zwar die größte absolute Zunahme aufweisen, relativ aber nur um 62 Prozent gestiegen sind, und zwar auch hier die Frauen doppelt so stark, als die Männer.

Die Vertheilung der sozialen Klassen auf die 3 Gewerbeabtheilungen der Gehilfenbetriebe, zugleich nach Größenklassen der Betriebe geschieden, zeigt folgende Tabelle:

Handel u. Verkehr	Industrie	Gärtneric.	Abthlg.	Betriebsgröße:		Unters. nehmer	Hilfskräfte	Arbeiter	Unters. nehmer in % der Pers.
				1-5 Pers.	6-20 Pers.				
1-5 Pers.	1-5 Pers.	1-5 Pers.	1-5 Pers.	1-5 Pers.	1-5 Pers.	1-5 Pers.	1-5 Pers.	1-5 Pers.	1-5 Pers.
6-20 Pers.	6-20 Pers.	6-20 Pers.	6-20 Pers.	6-20 Pers.	6-20 Pers.	6-20 Pers.	6-20 Pers.	6-20 Pers.	6-20 Pers.
21 u. mehr Pers.	21 u. mehr Pers.	21 u. mehr Pers.	21 u. mehr Pers.	21 u. mehr Pers.	21 u. mehr Pers.	21 u. mehr Pers.	21 u. mehr Pers.	21 u. mehr Pers.	21 u. mehr Pers.
Gesamt	Gesamt	Gesamt	Gesamt	Gesamt	Gesamt	Gesamt	Gesamt	Gesamt	Gesamt

Wir haben hier die Kleinbetriebe außer Betracht gelassen, weil für sie kein Personal in Frage kommt. Nach dieser Tabelle umfassen die Unternehmer in der Abtheilung Gärtnerei 23,4 Prozent (mit Kleinbetrieben 40,0 Prozent), und zwar in den Kleinbetrieben 33,5 Prozent, in den Großbetrieben aber nur 2,5 Prozent des Personals; in der Industrie 12,2 Prozent (mit Kleinbetrieben 25,8 Prozent) und zwar in den Kleinbetrieben 33,8 Prozent, in den Großbetrieben aber bloß 1,4 Prozent der Personen, und im Handel 22,9 Prozent (mit Kleinbetrieben 39,1 Prozent) und zwar in den Kleinbetrieben 31,5 Prozent, in den Großbetrieben aber nur 2,9 Prozent der Gewerbsthätigen. Die Angestellten umfassen in der Gärtnerei 1,2 Prozent, in der Industrie 4,0 Prozent und im Handel 10,5 Prozent, die Arbeiter in der Gärtnerei 75,4 Prozent, in der Industrie 83,8 Prozent und im Handel 66,6 Prozent. Ein Vergleich mit den Zahlen von 1882 ergibt, daß außer den Kleinunternehmern nur noch die Kleinunternehmer der Industrie absolut

zurückgegangen sind; alle übrigen Unternehmergruppen haben zugenommen, aber gegenüber dem starken Anwachsen der Hilfskräfte sind sie dennoch relativ zurückgeblieben. Stark haben sich die Angestellten namentlich in der Industrie vermehrt, am meisten die weiblichen. Die Arbeiter haben zwar absolut überall zugenommen, dennoch ist ihr Prozentanteil unter dem starken Andrang der Angestellten in den Mittel- und Großbetrieben etwas zurückgegangen. Diese schon einmal ange deutete Entwicklung ist darin begründet, daß die gegenwärtige kommerzielle und technische Zentralisation eines stetig wachsenden Heeres kaufmännischer und technischer Betriebsbeamten bedarf, während der Zuwachs der Arbeitskräfte durch die verbesserte Maschinentechnik in Schranken gehalten wird. Die Praxis dieser Entwicklung ist den Arbeitern zur Genüge bekannt und es war vorauszu sehen, daß die Statistik diese Thatsachen ziffermäßig bekräftigen würde.

Anträge zum Verbandstag.

Die Zahlstelle Berlin beantragt: Sämmtliche Sammellisten sind, bevor sie in Umlauf gesetzt werden, vom Vorstande zu stempeln.

Der Versammlungs-Anzeiger des „Proletarier“ fällt weg.

Die Zahlstelle Winterhude-Eppendorf beantragt: In § 5 Zeile 4 anstatt „zwei Monate“ „drei Monate“ zu setzen.

In § 6 Abs. 1 die Worte: Solche Personen usw. ganz zu streichen.

In § 7 Abs. a anstatt „zwei Monate“ „drei Monate“ zu setzen.

In § 8 soll es anstatt „kann“ „muß“ heißen.

Zu § 10 Zeile 6 von unten wird beantragt, die Worte „können“ in „müssen“ umzuändern. Die Berichte sind aus dem „Proletarier“ zu entfernen; an deren Stelle sind wissenschaftliche Abhandlungen zu bringen.

Der Beitrag ist für männliche Mitglieder auf 15 Pf., für weibliche Mitglieder auf 10 Pf. zu erhöhen.

Die Zahlstelle Halle a. S. beantragt: Der § 6 Abs. 5 des Statuts soll heißen: Während nachgewiesener Krankheit und Arbeitslosigkeit ruht die Beitragspflicht bis zu 26 Wochen. Bei länger andauernder Krankheit oder Arbeitslosigkeit kann auf Antrag der Mitglieder eine Stundung gewährt werden, um ihrer Rechte nicht verlustig zu gehen. Der § 7 Abs. a findet auf solche Mitglieder keine Anwendung.

Die Zahlstelle Hamburg-St. Georg beantragt: Erhöhung der Beiträge von 10 Pf. auf 15 Pf. und für weibliche Mitglieder von 5 Pf. auf 10 Pf., außerdem Verlegung des Verbandssitzes von Hannover nach Hamburg.

Die Zahlstelle Hannover-N.-D. beantragt:

Zu § 14 Abs. 2. Der Vorstand besteht aus fünf Personen, dem Vorsitzenden und 4 Beisitzern. Der Vorsitzende wird vom Verbandstag per Stimmzettel gewählt und ist zu seiner Wahl die absolute Mehrheit erforderlich. Der Vorstand wählt aus seiner Mitte einen Schriftführer und einen Stellvertreter des Vorsitzenden. Derselbe hat in Abwesenheit des Vorsitzenden die notwendigsten Geschäfte zu erledigen.

Zu § 18 Abs. 1-2. Der Vorsitzende hat die Klassen- und Buchführung zu besorgen und den Verband nach innen und außen zu leiten.

In § 1 des Zeitungsreglements ist hinter dem Wort Hannover „alle 14 Tage“ einzuschalten.

Zu Abs. 5. An Stelle der Worte „die dortige Zahlstelle“ ist „die Verbandsmitglieder“ zu setzen.

Zusatz zu Abs. 5. Der Versammlungsanzeiger soll alle 3 Monate veröffentlicht werden.

Die Zahlstelle Lüneburg stellt folgende Anträge: Alle Vierteljahr ist ein Referent den Zahlstellen zuzusetzen.

Die Reisegebühren sind nur während der Wintermonate auszusahlen und zwar vom 1. Oktober bis zum 1. April.

Den Angehörigen verstorbenen Mitglieder ist ein Sterbegeld zu gewähren, nach fünfjähriger Mitgliedschaft 15 Mark, nach zehnjähriger Mitgliedschaft 30 Mark.

Die jetzigen Beiträge sind nicht zu erhöhen. Verlorene Bücher sind mittelst Kaufzettel den Bevollmächtigten sofort bekannt zu geben.

Die Zahlstelle Hagen beantragt zu § 15 Abs. 2: Für Totalausgaben sind den Zahlstellen 50% zu überlassen.

Die Zahlstelle Bergedorf beantragt: Der Beitrag ist für männliche Mitglieder auf 15 Pf. wöchentlich zu erhöhen, für weibliche Mitglieder in der bisherigen Höhe zu belassen.

Das Verbandsorgan ist zu vergrößern und zu verbessern.

Von dem Vorstande sind genügend Kräfte anzustellen, daß die Vorstandsbeamten weit mehr als bisher in der Lage sind, sich der Agitation und der Kontrolle der einzelnen Zahlstellen widmen zu können, eventuell ist der Vorstand von der Redaktion des Verbandsorgans zu entlasten.

Die Zahlstelle Harburg stellt folgende Anträge: Der Verbandstag möge die Gewährung eines Sterbegeldes in Ermägung ziehen.

Der Beitrag ist auf 15 Pf. zu erhöhen.

Jedes Jahr ist eine Erhebung über Lohn, Arbeitszeit, Arbeitslosigkeit und Zahl der Arbeiter in den für uns in Betracht kommenden Fabriken u. s. w. zu veranstalten.

Bei Sterbefällen der Mitglieder haben die Bevollmächtigten und Revisoren der Zahlstellen über jedes verstorbene Mitglied dem Hauptvorstand Mitteilung zu machen. Diese Mitteilung muß enthalten: den Vor- und Zunamen, Geburtszeit, Ort und Alter des Mitgliedes und muß mit der vierteljährigen Abrechnung eingefandt werden.

Die Zahlstelle Dedenhuden beantragt, die Arbeitslosen-Unterstützung abzulehnen, weil die Einführung einer Unterstützung an die Hinterbliebenen der Mitglieder bei Todesfällen notwendig ist, und will einen Zusatz zu § 15 Abs. 4, nach welchem der Kassirer nach Empfang des Abrechnungsgeldes an den ersten Bevollmächtigten der Zahlstelle eine Quittung einzusenden hat.

Zur Abrechnung.

Die Abrechnung wurde am 4. und 5. Juni revidiert. Acht Tage früher war Schluss der Bücher. Abrechnungen, die nach diesem eingingen, konnten nicht mehr mit veröffentlicht werden. Zur Veröffentlichung zu spät traf die Abrechnung der Zahlstelle Köstlin ein.

Abrechnungen ohne Geld sandten ein die Zahlstellen Mülheim (Rhein) und Lüneburg. Die Zahlstelle Genesberg sandte wohl schon vor Jahresfrist Geld, ohne daß bislang Abrechnung erfolgt wäre. Auch Köln und Koblach sandten wohl Geld (letzteres Eintrittsgeld), aber keine Abrechnung. Gar nicht abgerechnet haben die folgenden Zahlstellen: Selmsfeld, Mainz (revisiert auch noch mit 4. Quartal 1897), Wilhelmshagen, Lüneburg, Warstade, Raumburg, Marne, Gameln, Nienburg a. d. Weser (steht auch noch mit der Abrechnung für das 4. Quartal 1897 aus), Köln, Delmenhorst, Kappeln (revisiert auch noch mit der Abrechnung für das 4. Quartal 1897), Speyer, Wehringhausen, Kolberg (revisiert ebenfalls für 4. Quartal 1897), Wernigerode, Mühlhausen i. Th., Landshut und Hohenhorst. Die Mitglieder wollen sich nach den Gründen, aus denen die Abrechnung unterblieb, erkundigen und auf Erledigung der Abrechnung drängen, andernfalls müssen wir von den in § 15 uns gegebenen Maßregeln Gebrauch machen.

Anschließend hieran machen wir jetzt schon aufmerksam, daß im Monat August die Extrasteuer zu bezahlen ist. Jedes Mitglied ist zur Leistung derselben verpflichtet und wollen die Bevollmächtigten die Erhebung der Extrasteuer nicht unterlassen.

Zu dem bevorstehenden Verbandstage sind noch nicht die Fälle der Wahlen vollzogen. Wir machen die Kollegen darauf aufmerksam, daß der Wahltermin am 20. Juni abläuft. Zahlstellen, die diesen Termin nicht innehalten, haben dann auch die Folgen zu tragen. Ueber jede vollzogene Wahl ist ein Protokoll einzusenden. Formulare sind den Bevollmächtigten längst zugegangen. Im „Proletarier“ erfolgte Mitteilungen über vollzogene Wahlen können wir als Wahlprotokoll nicht betrachten. Die Anträge zum Verbandstage müssen in besonderer Abschrift eingefandt werden und kommen in den Verhandlungsberichten nicht zum Ausdruck.

Mit kollegialischem Gruß
August Drey.

Soziale Mundschau.

Die Leistungen unseres Verbandes im Jahre 1897. Es wurde ausgegeben: Für Druck und Versand des „Proletarier“ 6474,26 Mk., für Agitation 565 Mk., für Streiks anderer Gewerkschaften 583,35 Mk., Rechtschutz 720,54 Mk., Unterstützung an Gemäßregelte 859,50 Mk., Reisekosten 2983,47 Mk., Umzugskosten 665 Mk. Die Streiks erforderten eine Gesamtausgabe von 33 666,7 Mk. Davon wurden aus der Verbandskasse bestritten 11 125,88 Mk., durch freiwillige Beiträge der Mitglieder 198,95 Mk., durch Ertrag von Sammelbüchern 1361,12 Mk., durch Sammlungen anderer Gewerkschaften, direkte Zuwendungen der Zahlstellen, Kartelle u. s. w. 21 280,12 Mk. Von den Arbeitslosen-Unterstützungen charakterisierten sich 6 als Abwehrstreiks, daran waren 3458 Personen im Ganzen 35 Wochen beteiligt. Die Ausgabe dafür betrug 1 355,02 Mk. In einem Falle war Maßregelung die Ursache des Ausbruchs, fünf hatten Lohnverminderungen als Ausgangspunkt. Vier wurden mit Erfolg beendet, während zwei nur mit einem theilweisen Erfolg beendet wurden. — Bei den vier Angriffstreiks waren 1095 Personen beteiligt, die Gesamtdauer war 10 Wochen. Die Gesamtunterstützung betrug 21 109,20 Mk. Die Ursachen des Ausbruchs bestanden in Lohnforderungen. Zwei endeten mit Erfolg, einer mit theilweisem Erfolg, während einer ohne Erfolg beendet wurde.

Vom Resolutionsrecht der Arbeiter. In voriger Nummer lieferten wir einen Beitrag darüber, wie Beamte die von Vereinen eingereichten Listen zur Schädigung der Vereinsmitglieder gebrauchen lassen. Leider sind wir heute in der Lage, einen noch drastischeren Fall der Unverschämtheit zu übergeben, da er uns fast ungläubig klingt, unter allem Vorbehalt. Der Amtsrichter von Groß-Altendleben soll die Namen der Verbandsmitglieder allen Arbeitgebern seines Wirkungsbereiches brieflich bekannt gegeben haben. Wir haben sofort Anfragen angestellt, bestätigt sich die Nachricht, so werden wir natürlich Beschwerde erheben. Eine

nette Aussicht ist durch ein derartiges Vorgehen den Arbeiterorganisationen eröffnet.

Der Arbeitsmarkt im Mai stand unter dem widersprechenden Einfluß einer noch immer anhaltend günstigen Konjunktur in der Bergwerks- und Eisenindustrie einerseits und den Einwirkungen des spanisch-amerikanischen Krieges andererseits. Die letzteren zeigen sich in der schlesischen und sächsischen Textilindustrie, in der ganzen Kamminganbranche, sowie in einer Reihe von Hamburger Export-Industrien, während die Seefahrt und die damit verbundenen Gewerbe die befürchteten Störungen bis jetzt nicht erlitten haben. Mit Ausnahme von Rheinland-Westfalen zeigen die Ergebnisse der deutschen Arbeitsnachweis-Berichtungen, wie sie in der Berliner Monatschrift „Der Arbeitsmarkt“ veröffentlicht werden, an den größten Plätzen zumeist bereits die Einwirkungen der ungünstigen Konjunktur, während dieselben bis in die mittleren und kleineren Arbeitsnachweise weniger eingedrungen sind und vielfach noch andauernden Aufschwung zeigen. So kommt es, daß im Durchschnitt sich um 100 offene Stellen im Mai d. J. ungefähr ebensoviel Arbeitsuchende (118,2) bewarben, wie im Mai v. J. (118,0). Von 56 Arbeitsnachweisen liegen vergleichbare Daten vor. Von diesen weisen im Vergleich zum Mai vorigen Jahres 28 (+ 1 ausländischer) eine Zunahme und 42 (+ 3 ausländische) eine Abnahme des Anbranges auf.

Zunahme: Posen, Breslau, Frankfurt a. O., Berlin, Halle a. S., Erfurt, Hannover, Münster, Essen, Köln, Trier, Kreuznach, Wiesbaden, Frankfurt a. M., Mainz, Darmstadt, Worms, Kaiserslautern, Straßburg i. E., Freiburg, Schoppsheim, Karlsruhe, Pforzheim, Stuttgart, Heilbronn, Ulm, Fürth, München. — [Winterthur.]

Abnahme: Rixdorf, Kiel, Queblinburg, Gera, Osnabrück, Dortmund, Elberfeld, Düsseldorf, M.-Gladbach, Aachen, Gießen, Heidelberg, Lahr, Offenburg i. B., Mannheim, Konstanz, Rannstatt, Schwabmühlburg, Ehlingen, Neutlingen, Göppingen, Ebn. Hall, Nürnberg, Augsburg. — [Wien, Brünn, Bern.]

Ein grauenhaftes Bild der gesundheitlichen Verwüstung, der die zur Herstellung von Alkali-Chromaten verwendeten Arbeiter ausgesetzt sind, entwirft der hessische Fabrikinspektor Herr Baentsch in Mainz in seinem jüngsten Jahresbericht. In einer anfangs Mai 1897 neu errichteten Fabrik hielten von den 64 im Laufe des Betriebsjahres eingetretenen Arbeitern nur 34 länger als 3 Monate aus; bei diesen 34 Ausdauerndsten gestaltete sich der Gesundheitszustand folgendermaßen:

Alle 34 Arbeiter litten an Anzügen der Nasenschleimhaut; bei 21 schritt das Leiden bis zu Durchlöcherungen der Schleimhaut fort; 19 Arbeiter bekamen dazu Geschwüre an Händen, Armen, Füßen und Rippen. Außerdem sind noch drei Fälle von Kolik resp. Sommer-Cholera höchst wahrscheinlich direkt auf die Chromatarbeit zurückzuführen. In Prozenten berechnet ergeben sich sonach auf 100 Arbeiter 100 Anzungen der Nasenschleimhaut, 62 Durchlöcherungen und 56 äußere Geschwüre.

Den Verlauf der mit brennenden Schmerzen in der Nase einhergehenden, in Stecknadelkopfgroße bis zum Umfang eines Zwanzigpfennigstücks auftretenden Durchlöcherung der Nasenschleimhaut schildert Herr Baentsch wie folgt: „Zunächst tritt eine beiderseitige Rötung der Stelle ein, hierauf wird dieselbe wund, und es bildet sich ein Ausschlag. Sodann tritt ein gelber oder auch ein weißer Belag auf, worauf sich an der affecteden Stelle gemuldeten Ränder bilden. Dann tritt die Perforation (Durchlöcherung) ein, welche vor der Heilung gerötete Ränder und gelben oder weißen Belag zeigt.“ Nach der Perforation erleiden viele Arbeiter zwar keine Nekrosen mehr, jedoch klagen sie über den größeren Einfluß der schärferen Witterung auf die Schleimhäute der Athmungsorgane. „Die Nase scheint ihre Bedeutung als Respiратор verloren zu haben!“ bemerkt dazu der Fabrikinspektor.

Dabei sind in der Fabrik alle vom Bundesrath verlangten Schutzmaßnahmen getroffen und der Fabrikinspektor stellte der Firma das Zeugnis aus, daß sie bemüht gewesen ist, „sowohl in der Anlage hoher, luftiger Arbeitsräume, als auch durch sorgfältige Ueberwachung des Gesundheitszustandes ihrer Arbeiter die schädigende Einwirkung des Chromatstaubes nach Möglichkeit von denselben abzuwenden“. Insbesondere rühmte er die öffentliche Bade- und Umkleideeinrichtung. Statt, wie vorgeschrieben, monatlich einmal, wurden ärztliche Untersuchungen der Arbeiter alle 1—2 Wochen vorgenommen und täglich wurden nach Schluß der Arbeitszeit durch einen Lazarethgehilfen die Nasen aller Arbeiter mit lauwarmem Wasser ausgespült, Geschwüre, Wunden u. verbunden. — Trotz alledem diese grauenhaftesten Schädigungen der Gesundheit, denen nicht ein einziger Arbeiter ganz entgeht!

Ein Streit der beim Unternehmer Jürgensen in Gadersleben beschäftigten Bauarbeiter war am 28. Mai ausgebrochen, weil der Unternehmer ein Mitglied unseres Verbandes, das einen Mitarbeiter zum Beitritt in den Verband bewegen wollte, entlassen hatte. Die Wiedereinstellung lehnte der Arbeitgeber ab und die übrigen Mitarbeiter, 36 an der Zahl, legten nun die Arbeit nieder. Der Streit wurde am Montag, den 6. Juni, für beendet erklärt und der Unternehmer stellte den Arbeiter wieder ein. Dieser Streit hätte eine ganz bedeutende Ausdehnung annehmen können, die im umgekehrten Verhältnis zu der Ursache stand. Leicht konnte auch eintreten, daß sowohl der Vorstand

als auch der Ausschuss jedwede Unterstützung versagten, weil eben die Ursache den Ausbruch des Streiks nicht rechtfertigte und letzterer inszeniert worden war, ohne daß dem Vorstande die erforderliche statistische Mittheilung gemacht worden wäre. Zu Nutz und Frommen Aller theilen wir hier nun abermals mit, daß in Zukunft Arbeitseinstellungen, die nicht ordnungsmäßig angemeldet sind, keine Unterstützung finden. Nach dem Wortlaute des Statuts liegt auch gar keine Verpflichtung vor, Arbeitseinstellungen, die wegen der Entlassung eines Mitgliedes ausbrechen, zu unterstützen. Der Entlassene erhält, wenn die Entlassung aus den im § 10 niedergelegten Gründen erfolgt, als Gemäßregelter Unterstützung. Nirgends ist im Statut gesagt, daß zur Wiedergewinnung des verloren gegangenen Arbeitsplatzes Aktionen mit großen Wirkungen begonnen werden sollen. Das Höchste, was geschehen kann, ist, daß man in solchen Fällen in einem sachlich gehaltenen Schreiben bei dem Arbeitgeber sich um Wiedereinstellung verwendet. Bleibt das ohne Erfolg, dann bekommt der Entlassene eben seine Unterstützung, bis er anderweitig Beschäftigung gefunden hat, und die Sache ist erledigt. Das mögen unsere Mitglieder sich für die Zukunft merken. Jedenfalls haben wir nun schon so viel Lehrgeld bezahlen müssen, daß man die sich aus übereilt begonnenen Kämpfen ergebenden Lehren endlich begreifen kann. Allerdings haben die Leute geglaubt, der Sieg besteht darin, daß ein Arbeiter von einem Arbeitgeber gegen den freien Willen des Letzteren beschäftigt wird. Der Sieg kostete 350 Mark Unterstützung, einigen 40 Personen mehr als einen ganzen Wochenlohn. Dasselbe war auf dem gezeigten Wege zu erreichen, den berufsmäßigen Vergehern der Organisation war dann kein Material zu neuen Anfeindungen geboten und ganz beträchtliche Mittel wären erspart worden. Und wäre das Mitglied nicht wieder eingestellt worden, hing dann davon (von der Nichtexistenz) die Existenz des Verbandes ab? Nein! Das Mitglied bekäme andere Arbeit und der Arbeitgeber wäre gar nicht gefeiert dagegen gewesen, daß der Arbeiter, den er einstellte, wieder ein Verbands-genosse war. Man muß die Dinge nur nicht tragischer nehmen, als sie wirklich sind.

Korrespondenzen.

Bergedorf. Die monatliche Mitglieder-Versammlung wurde Sonnabend, den 14. Mai, im Vereinslocale „St. Petersburg“ abgehalten. Zum Verbandstage in Kassel wurden einige Anträge gestellt. Als Delegirter zum Verbandstage wurde Kollege Stille, als dessen Stellvertreter Kollege Wittig gewählt. Die Abrechnung vom 1. Quartal wies in Einnahme und Ausgabe 648,40 Mk. auf. An die Verbandskasse wurden 418,90 Mk. gesandt. An Stelle des Kollegen Gadmaß, welcher in Folge seiner Berufschätigkeit den Posten als 2. Bevollmächtigter nicht beibehalten kann, wurde Kollege C. Lange vorgeschlagen. Den Bericht vom Gewerkschaftsstatell erstattete der Kollege Gadmaß. Die Zahlstellen Barmbeck und Nienhörn haben zum 12. Juni eine Dampfetur nach Göttingen vorbereitet und unsere Zahlstelle zur Theilnahme eingeladen. Beschlüssen wurde, daß die Teilnehmer an dieser Tour sich baldigt bei den Bevollmächtigten anzumelden und diese für Gelegenheit zu sorgen haben. Die von der norddeutschen Agitationskommission veranstaltete Statistik soll demnächst von den Hilfskassirern aufgenommen werden. Zur Deckung des Beitrages an die Agitationskommission wird beschloffen, nach der Reichstagswahl Sammellisten herauszugeben. Sodann wurden noch einige Punkte von untergeordneter Bedeutung verhandelt.

Berlin. Donnerstag, den 12. Mai, tagte unsere Mitglieder-Versammlung. Herr Jerber referirte über die Arbeitslosen-Unterstützung. Seine Stellung ist aus dem Bericht in voriger Nummer bekannt. Eine Debatte knüpfte sich an den Vortrag nicht. Den Kassenbericht gab der 2. Bevollmächtigte. Auf Antrag der Deputierten wurde die Entlastung ertheilt. Unser Sommervergnügen wird am 23. Juli im „Martenbad“ abgehalten. Ein Komitee aus 9 Personen zur Leitung dieses Festes wurde gewählt. — Am 15. Mai tagte eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung. Zunächst gab Kollege Schumann den Bericht über die Thätigkeit der Agitations-Kommission. Ein Antrag, die Agitations-Kommission bestehen zu lassen, wurde angenommen. Einige Anträge zum Verbandstage sandten Anwesenende. Dann wurde ein Wahlkomitee gebildet, um die Wahl der Delegirten vorzunehmen. Kollege Schumann wurde gewählt. Die Versammlung erklärte sich dann noch gegen die Arbeitslosenunterstützung und gegen jede Erhöhung der Beiträge.

Düsseldorf. Am ersten Pfingsttage tagte hier die Konferenz für Rheinland und Westfalen. Anwesend waren als Delegirte die Kollegen Büchel-Diesfeld, Janßen-Düsseldorf, Gerner-Düsseldorf, Pentzsch-Altenhagen, Brandau-Dagen und als Vertreter der Agitations-Kommission Kollege Gustav Brämmer-Dagen. Nach der Bureauwahl referirte Kollege Brämmer über die Thätigkeit der Kommission. Ein erfreuliches Bild war es nicht, was er da aufrollte. Fast überall mangelte es an Geld. Eine Zahlstelle wurde gegründet, die andere ging wieder ein. Es mußten unbedingt andere Hilfsmittel angewendet werden. Man müsse sich nicht nur auf die Agitation des Vorstehenden und Vertrauensmannes verlassen, sondern jedes Mitglied müsse es sich zur Pflicht machen, nach bestem Können und Vermögen für das Emporblühen der Organisation zu wirken. Er drückte sein Bedauern aus, daß so wenig Agitationsmärkte vertrieben worden seien und legte Allen ans Herz, wirksamere Unterstützung dem Agitationskomitee angedeihen zu lassen. Der Kassenbericht des Kollegen Brandau bestätigte den bereits berührten Geldmangel. Kollege Janßen-Düsseldorf giebt einen großen Theil der Schuld für den schlechten Stand der Zahlstellen dem Vorstand in Hannover, weil, so lange er (Medner) der hiesigen Zahlstelle angehört, das sei schon sieben Jahre, noch kein einziges Flugblatt herausgegeben sei. (Daß keiner der Delegirten in der Lage war, den Medner auf seinen Irrthum aufmerksam zu machen, nimmt uns Wunder, ist doch vor wenigen Monaten erst ein Flugblatt erschienen, hat seinen Weg auch in die Hände des Kollegen Brandau gefunden; von den früher herausgegebenen ganz zu schweigen. D. H.) Medner tritt, dies auf dem Verbandstag zur Sprache zu bringen. Auf Antrag des Kollegen Büchel wurde der Agitations-Kommission Entlastung ertheilt. Dieser Delegirte geht dann eingehend auf die örtlichen Verhältnisse ein und macht dem Kollegen Drey den Vorwurf, nicht das erbetene Geld zur Einigung eines Delegirten zur Konferenz geschickt zu haben, trotzdem Kollege Drey von der schlechten Finanzlage genau unterrichtet gewesen. (1. Es ist nicht wahr, daß Diesfeld Geld zur Entsendung eines Delegirten verlangt hat, vielmehr verlangt der Antrag, der den 26. Mai als Abgangsdatum trägt, „vierzig Mark Zuschuß“, weil Diesfeld fort-

während von reisenden Kollegen besucht wurde. 2. Wir hätten gar kein Recht gehabt, zu der Konferenz die Delegationskosten zu zahlen. 3. Es lagen zwischen Eingang und Erledigung der Sache 4 (vier) Tage, denn am 31. Mai lag die Sache dem Vorstand vor und am Mittwoch, den 1. Juni, früh gingen 25 Mark Zuschuß zur Zahlung des Reisegeldes nach Bielefeld. (H. B.) Sämtliche Delegierte gaben ihre Berichte über die Lage ihrer Zahlstelle ab, hatten aber alle, mit Ausnahme Hagens, über Abnahme der Mitgliederzahl und über eine gewisse Kaufkraft der Mitglieder, aber auch des Hauptvorstandes zu klagen. (Da muß denn doch konstatirt werden, daß fast alle Kosten der durch die Agitations-Kommission veranstalteten Versammlungen von der Hauptkasse getragen sind. Frey war in Hagen und Bielefeld. In dem ersten Orte waren knapp hundert Besucher in der Versammlung, am letzten Orte kam die Versammlung wegen fast gänzlichen Fehlens der Teilnehmer gar nicht zu Stande. Worin soll denn nun unsere Kaufkraft bestehen? (H. B.) Die Konferenz trat dann in eine Beratung ganz interner Verbandsangelegenheiten ein, das Ergebnis ist unter „Anträge“ wiedergegeben. Der Kollege Jansen giebt dann dem zu wählenden Delegierten anheim, nur ja gegen die Erhöhung der Beiträge einzutreten. Dem entgegen wurde die Ansicht vertreten, daß bei Mehrleistungen des Verbandes der Beitrag erhöht werden müsse. Der Delegierte soll frei nach seinem Ermessen stimmen. Der Sitz der Agitations-Kommission wird in Hagen beibehalten. Die nächste Konferenz tritt in Hagen zusammen. Der Delegierte zum Verbandstag soll ein Kollege aus Bielefeld sein. Nach aufmerksamen Worten des Kollegen Grömmel wurde die Konferenz geschlossen.

Silber. Die Versammlung vom 25. Mai nahm die Wahl eines Delegierten zum Verbandstag vor. Gewählt wurde Kollege Schirr. Nach dem Kartellbericht und der Wahl eines Festkomitees stattete der Kollege D. der Versammlung seinen Dank ab für die ihm während schwerer Krankheit gewordene Unterstützung. Der Vorsitzende gab dann noch bekannt, daß unser „Eingehänd“, welches den verloren gegangenen Streik der Pfaffsaararbeiter behandelt, von dem „Hamburger Echo“ die Aufnahme verweigert worden sei. Das Mitglied Brüdger wurde wegen Vergehen gegen § 7a des Verbandsstatuts aus dem Verbandsrat ausgeschlossen.

Hildesheim. Am 2. Juni tagte unsere Mitgliederversammlung im Mühlentapillon. Der bevorstehende Verbandstag rief eine lebhaftere Diskussion hervor. Mehrere Kollegen hielten die Arbeitslosenunterstützung an und für sich für erstrebenswert, halten sie aber nicht für durchführbar. Die Gründung einer Krankenunterstützungskasse wurde, weil beratige Kassen genügend am Orte sind, hier für nicht notwendig erachtet. Als Delegierter wurde Kollege Müller, als sein Stellvertreter Kollege Hornung gewählt. Die Stellungnahme des Delegierten auf dem Verbandstag hängt von seinem freien Ermessen ab.

Halle a. S. Eine am 28. Mai abgehaltene öffentliche Versammlung der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen wählte einen Vertreter in das Gewerkschaftskartell. Der Vorsitzende theilte dann mit, daß die zwischen den Arbeitern und der Firma Pringler u. Söhne ausgebrochene Differenz noch nicht beigelegt seien, weil die Unternehmer sich weigern, die gestellten Forderungen zu bewilligen. Die Angehörten hätten bis auf 8 anderweitig Arbeit gefunden und könnten die noch Unbeschäftigten ausreichend unterstützen werden. Es würde sich bald zeigen, wer der Stärkere sei. Die Hallenser Formier- und Hilfsarbeiter hätten schon oft bemerkt, daß sie eine geschlossene Macht bilden. Besonders der Streik bei Eissenhagen und bei Heyland habe das bewiesen. In diese öffentliche Versammlung schloß sich eine Mitglieder-Versammlung an. Eine lebhaftere Diskussion entspann sich über die in Nr. 5 des „Proletarier“ gemachten Ausführungen des Vorstandes. Es war da der Grundgedanke aufgestellt, daß Kranke und Arbeitslose nicht 2, sondern 3, spätestens aber in der 10. Woche verpflichtet seien, eine Beitragsmarke zu entnehmen, damit sie nicht nach § 7, Abs. 2 ihrer Mitgliedsrechte verlustig gingen. Die Versammlung erklärte sich entschieden gegen diese Ausführungen und war der Meinung, daß der § 7, Abs. 2 auf die Kranken und Arbeitslosen keine Anwendung finden könne. Die Debatte zerrte einen Antrag an den Verbandstag. Einige Redner wandten sich gegen Erhöhung der Beiträge, trette diese doch ein, so müsse den Mitgliedern mehr Nutzen gewährt werden. „Verschiedenem“ wurde angeregt, eine Weisheitsnachtschiff anzuschaffen, aus deren Ertrag soll den Kindern der Mitglieder eine Feststunde bereit werden. Ein Kollege stellte eine Danksage zur Verfügung.

Hamburg. Unsere Mitglieder-Versammlung tagte am 25. Mai im Lokale des Herrn Sid. Rosenstraße 37. Frau Knuth und Kollege Ahrens gaben den Bericht über die Sitzungen des Gewerkschaftskartells. Unter Anderem theilte Ahrens mit, daß in der letzten Sitzung darauf hingewiesen sei, daß unsere Zahlstelle noch 10 Quartale reitere und die Frist, welche seinerzeit gewährt worden, abgelaufen sei. Der 2. Bevollmächtigte bemerkte hierauf, daß diese Schulden noch von der alten Zahlstelle her stammten und die jetzigen Bevollmächtigten mit der Kartellkommission Unterhandlungen hätten, da ihnen der Betrag, welchen die Kommission fordert, zu hoch sei. Diese Sache würde aber bald erledigt sein. Nachdem der 2. Bevollmächtigte die von der Leitung der Zahlstelle vorgeschlagenen Anträge zum Verbandstage erläutert hatte, wurde beschlossen, diese Anträge dem Verbandstage zu unterbreiten. Betreffs unserer Schuldenentlastung vom Hasenarbeiterstreik bemerkte der 2. Bevollmächtigte, daß es den Verhandlungen der Bevollmächtigten gelungen sei, daß wir jetzt nur noch die Restsumme von 157,50 M. an das Kartell zu zahlen haben. Zweck Eilung dieser Schuld hatte die Leitung der Zahlstelle folgenden Antrag eingebracht: „Jedes Mitglied ohne Ausnahme hat bis zum 19. Juni d. J. eine Schlußmarke im Preise von 50 Pf. zu entnehmen.“ Dieser Antrag wurde nach einer kurzen Debatte angenommen. Der Antrag des 3. Bevollmächtigten, welcher lautet: „Diese Schlußmarke ist in die Mitgliedsbücher einzulegen, damit die Bevollmächtigten auch sehen können, im Falle ein Mitglied um Unterstützung nachsucht, ob dieses auch seinen Verpflichtungen nachgekommen ist, und daß zu jeder Zeit eine genaue Kontrolle ausgeübt werden kann“, wurde ebenfalls angenommen. Hierauf wurde ein Mißstand, welcher seit Kurzem auf den Kassebüchern in Hamburg herrscht, zur Sprache gebracht. Dieser besteht darin, daß auf den Kassebüchern die sog. „Häufigen Zeitstrafen“ zum Abonnement angeboten werden. Auf einigen Kassebüchern werden die Arbeiterinnen sogar indirekt gezwungen, auf diese Mitter zu abonnieren, indem die Meister an jede Arbeiterin herantreten und dieselben auffordern, zu abonnieren, da die Inhaber der Firma es wünschten und die Gelder zu wohlfühligem Zwecke verwendet würden. (Zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. D. Schrift.) Der Kollege Kahl erklärte, daß ein Stadtmisionar persönlich bei den Kassefirmen Propaganda für die „gute Sache“ mache. Der 3. Bevollmächtigte erklärte hierauf, daß er diese Angelegenheit der Fünfersonn-Kommission schon unterbreitet habe und diese auch, sobald die Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Kassefirmen angenommen ist, geeignete Schritte einleiten werde. Er wunderte sich nur darüber, daß die Kolleginnen solche Mißstände immer erst durch andere Mitglieder in der Versammlung zur Sprache bringen lassen und nicht sofort einen der Bevollmächtigten davon in Kenntniß setzen. Ferner machte der 3. Bevollmächtigte bekannt, daß ein Beschluß betreffs Fertigstellung einer genaueren Abrechnung vom 2. Quartal 1897 seitens der Revisions-Kommission, welche bei der Reorganisation der Zahlstelle vom Hauptvorstand eingelegt ist, bis jetzt noch nicht erledigt ist. Hierauf stellte Kollege Kahl den Antrag, die Revisions-Kommission aufzufordern, in

der nächsten Versammlung zu erscheinen und Bericht über ihre Thätigkeit zu erstatten. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Zum Schluß ersuchte der 2. Bevollmächtigte die Anwesenden, tüchtig für den Besuch der nächsten Versammlung zu agitieren, da wichtige Punkte auf der Tagesordnung stehen.

Hamburg-St. Georg. Die Mitglieder-Versammlung vom 8. Mai nahm ein Referat der Frau Bieh entgegen über das Thema: „Was lehren uns die letzten Streiks“. Der Kartellbericht wurde von Schlitt gegeben. Die Versammlung tabelte über Hauptvorstand, daß er bei der Wahlkreiserteilung die Zahlstelle St. Georg vergessen habe. Die Versammlung beschloß, ruhig einen Delegierten zu wählen. Zu Hilfskassirern wurden die Kollegen Bieh und Kai gewählt.

Hamburg-Uhlenhorst. Am 18. Mai tagte unsere Mitglieder-Versammlung im Lokale des Herrn Bieffering. Unter Punkt 1 der Tagesordnung nahm die Versammlung Stellung zu dem diesjährigen Verbandstag und gab einer Reihe von Anträgen ihre Zustimmung. Auf Antrag verlas der 1. Bevollmächtigte das vom Kollegen August Frey in Sachen der Wahlkreiserteilung eingetragene Antwortschreiben. Der Brief soll dem Ausschuss übermitteln, der Kollege Aug. Frey nochmals aufgefordert werden, die Zahl der Mitglieder von denjenigen Zahlstellen die in der Abrechnung im Proletarier nicht verzeichnet sind zu übermitteln. Als Delegierter zum Verbandstage wurde Kollege Au vorgeschlagen, als Stellvertreter Kollege S., ferner wurde vom Kollegen B. folgender Antrag eingebracht: Wo der Delegierte für die Zahlstellen Uhlenhorst und Eimsbüttel endgültig gewählt wird, da soll auch der Stellvertreter gewählt werden. Zum Revisor wurde Kollege B. vorgeschlagen. In die Unterstützungs-Kommission wurde Kollege B., in die Agitationskommission Kollege S. gewählt. Hierauf wurden 10 Kollegen zum Festkomitee für die Dampfertour am 12. Juni noch Gesellschafter gewählt. Den Bericht vom Kartell erstattete Kollege S., ferner wurde beschlossen die Ausgabe und Einholung der Statistikbogen dem Bevollmächtigten und Revisoren zu überlassen. Zum Schluß machte der Bevollmächtigte die Mitteilung über das Ende des Streikes der Pfaffsaararbeiter.

Hannover N.O. Am 23. Mai tagte unsere Mitglieder-Versammlung. Zu der Arbeitslosenunterstützung sprach Kollege S. Obwohl Redner die Vortheile der Unterstützung anerkannte, empfahl er trotzdem nicht deren Einführung. In ähnlichem Sinne sprachen noch einige Kollegen. Durch Abstimmung erklärte sich die Versammlung gegen die Arbeitslosenunterstützung. Die Versammlung berieth dann noch einige an den Verbandstag zu richtende Anträge. Darauf wurde die Delegiertenwahl vorgenommen und Kollege Contentius als Delegierter gewählt.

Hamburg. Am 24. Mai tagte unsere außerordentliche Mitglieder-Versammlung. Ueber die Einführung der Arbeitslosenunterstützung referierte Kollege Martens. Redner wies auf den verflochtenen Verbandstag hin, erwiderte, daß diesem ein Antrag auf Erhöhung der Beiträge vorgelegen habe, der aber abgelehnt worden sei. Der diesjährige Verbandstag habe zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung Stellung zu nehmen, deren Werth sei uns allen genügend bekannt. Wollten wir in Zukunft die Mitglieder besser an die Organisation fesseln, so müßte unbedingt das Unterstützungswesen mehr ausgebaut werden. Die Belpredigung der Arbeitslosenunterstützung habe ja verschiedene Meinungen zu Tage gefördert, aber wenn es zum Wohle unseres Verbandes sei, sollten wir uns von der Einführung der genannten Unterstützung nicht abhalten lassen. Die Durchschnittsgröße der Arbeitslosigkeit in den benachbarten Bezirken, aus denen sich unser Verband zusammensetzt, betrage nach der am 2. Dezember 1895 aufgenommenen Statistik 2 1/2 Prozent. Wollte man pro Woche auf 2000 Mitglieder berechnet, eine Unterstützung von 4 Mark zahlen, so erfordere dies allein einen Beitrag (inklusive Verwaltungskosten) von 6 Pf. pro Mitglied und Woche. Es sei hierbei zu erwägen, ob der Verband sich gegenwärtig außer der sonstigen Erhöhung der Beiträge die Erhöhung für die Arbeitslosenunterstützung leisten könne. Dazu sei der Verband im Innern noch nicht genügend gefestigt, zu verlernen sei allerdings nicht, daß die Einführung der Arbeitslosenunterstützung auf die Erhaltung und Erhöhung der eigenen einen Einspruch auslösen könne; die englischen Gewerkschaften hätten speziell in dieser Beziehung manche Vortheile erreicht. Redner schloß mit einem Appell an die Mitglieder, stets für den Ausbau der Organisation zu wirken, dann werde es uns gelingen, dieselbe zu einem festen Bollwerk gegen die Unternehmer zu machen. — Nachdem noch mehrere Redner für und gegen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung gesprochen, fand folgender Antrag gegen 6 Stimmen Annahme: Die heutige Mitglieder-Versammlung erklärt sich im Prinzip für die Arbeitslosenunterstützung, sie hält aber die Einführung für jetzt nicht für ratsam. Nach Beratung einiger anderer Anträge und nachdem die Kollegen Martens, Böger und Gutwirth als Delegierte gewählt, wurde die Versammlung geschlossen.

Hück a. M. Donnerstag, den 2. Juni, tagte im Lokale „Zur Rose“ eine Mitglieder-Versammlung, in welcher die Wahl des Delegierten für den Verbandstag vorgenommen wurde. Die Versammlung war sehr schwach besucht, was jedenfalls auf den ungünstigen Tag gerade nach den Feiertagen zurückzuführen ist. Als Delegierter ward der Kollege Lang aus Frankfurt a. M. gewählt. In nächster Versammlung wird Frau Erdger aus Offenbach einen Vortrag halten.

Köln. In der Versammlung am 22. Mai wurde beschlossen, unser Vereins- und Versammlungslokal nach dem Lokal „Zum Floßhafen“ zu verlegen. Als Bevollmächtigter kam Kollege S. Vogel und als Revisor A. Reimig in Vorschlag. Die Mitglieder gaben dem als Kandidat zum Verbandstage vorgeschlagenen Kollegen Lang aus Frankfurt ihre Stimme.

München. Sonntag, den 23. Mai, tagte eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung, welche sich eines sehr starken Besuches erfreute. Beim 1. Punkt der Tagesordnung referierte Kollege Witt über: „Welches sind die wichtigsten Forderungen, die die arbeitgeberlichen Arbeiter zu stellen haben?“ Referent entledigte sich seiner Aufgabe in zufriedenstellender Weise und erteilte am Schluß reichen Beifall. Beim zweiten Punkt, Wahl eines Delegierten zum Verbandstage, wurde Kollege Witt mit 95 Stimmen gewählt. Zum dritten Punkt der Tagesordnung, Wahl eines 2. Bevollmächtigten, kam Kollege Roth in Vorschlag. Unter Verbandsangelegenheiten giebt der 1. Bevollmächtigte bekannt, daß die Siebentarbeiter von Heilbronn nach eintägigem Streik einen Minimallohn von 2,80 Mark und 10 stündige Arbeitszeit erhalten. Wieder ein Beweis für die Möglichkeit der Organisation, und das mögen alle Jene beherzigen, die immer sagen: Die Vereinigung ist ja doch nichts. Ferner wurde beschlossen, gemeinsam mit den Zahlstellen Pasing und Thalkirchen ein Sommerfest zu veranstalten. Mit einem kräftigen Appell, fleißig für den Verband zu agitieren, schloß der Bevollmächtigte mit einem Hoch auf die Organisation die Versammlung.

Zur Beachtung.

Der Vertrauensmann für Langermünde giebt bekannt, daß die dortigen Kollegen August Baer als Kandidaten zum Verbandstag aufgestellt haben.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

Kölnheim. Georg Vogel, Wilhelmstr. 9.
Potsdam. Albert Frege, Schwoftr. 6, I.
Pottenleideheim. Franz Schwald V.

Pasing. Joh. Erble, Obermensing Nr. 18, Post Alach bei München.
Salzwehel. Friedrich Schulz, Perwer, Magdeburgerstr. 6.

Bilanz der ruststehenden Abrechnung.

Gesamt-Einnahme:	
Kassenbestand vom vorigen Quartal	18006,99 M.
Eintrittsgeld	829,20
Beiträge à 10 Pf.	15701,20
Beiträge à 5 Pf.	1640,90
Ertragsbeiträge	90,40
Sonstige Einnahmen	421,75
Vom vorigen Quartal zurückbehalten	2067,70
Auf Listen gingen ein	33,10
Ohne Listen gingen ein von Hannover N.O.	8,45
Von Hessisch-Oldendorf	8,25
Von Mutterstadt	2,10
Von Janau	10,--
Von Hagen	8,55
Von Lilit	9,70
Von Wandsbel	100,--
Von Bielefeld zurückbezahlt	10,--
Von Rietan, Hamburg	6,33
Von Einzelmitgliedern	42,80
Von Salzwehel	4,95
An Infirmitätsgeld	75,--
An Zinsen	166,75
Summa	39 244,12 M.

Gesamt-Ausgabe:	
An Reiseunterstützung	1216,07 M.
An Lokalausgaben	5929,97
Von den Zahlstellen zurückbehalten	2329,93
für Agitation	260,05
An Unterstützung für Streiks	1028,07
An Umzugsgeld	534,03
für Porto des „Proletarier“, Nr. 1 bis 7	394,90
für Porto von Briefen und Paketen des Vorsitzenden	120,85
An Vergütung der Revisoren	9,--
An Vergütung der Beisitzer	6,50
An Gehalt des Vorsitzenden	387,50
An Gehalt des Kassirers	175,--
An Zeitungs-Abonnement	3,70
für Druckerarbeiten	121,75
Druckkosten des „Proletarier“	1530,40
An die General-Kommission	443,70
An Porto für Geld und Briefe des Kassirers	28,60
An gemahregelte Mitglieder	285,--
An Geschäftsutensilien und Schreibmaterial	31,70
An Zuschuß	15,--
An Darlehen zurückbezahlt	2500,--
An Schriftführerhonorar	20,--
An Invalidenversicherung des Kassirers	6,24
Summa	17 326,96 M.

Bilanz:	
Gesamt-Einnahme	39 244,12 M.
Gesamt-Ausgabe	17 326,96 M.
Bleibt Bestand	21 917,16 M.*

Hannover, den 5. Juni 1898.
Aug. Frey, Vorsitzender. J. Wilhelm, Kassirer.
Die Revisoren: A. Niemeier. Ed. Vogt.

* Natürlich sind davon schon nahezu 5000 Mark zur Verrechnung bei im laufenden Quartal ungemein hohen Ausgaben verwandt worden.

Versammlungs-Kalender etc.

Gr.-Annensleben. Verkehrslokal im Gasthaus „Zum schwarzen Adler“.

Angsbürg. Jeden 1. Sonntag i. M., Vormittags 10 Uhr. Zahlung der Beiträge jeden 3. Sonntag i. M. Vorm. 10 Uhr im Gasthaus „Zum neuen Viehmarkt“. Dasselbst Reisegehesent Mittags von 12 bis 1 Uhr.

Braunschweig. Jeden Dienstag nach dem 1. und 15. im Monat bei Herrn Friede, Alte Knochenhauerstr. 11.

Gotha. Jeden 4. Sonntag im Monat Versammlung. Jeden 2. Sonntabend Zahlungsabend im Restaurant „Erholung“.

Kölnheim. Jeden letzten Sonntag i. M. im Vereinslokal „Zum Floßhafen“ Hauptstr. 28.

Kriegelsch. Jeden dritten und letzten Sonntag im Monat, Nachmittags 3 1/2 Uhr im Herrmann'schen Gasthofs zu Gorna.

München. Jeden 2. Sonntag im Monat Versammlung im „Ober-Ditt“, Sendlingerstr. 55. Reisegehesent bei R. Gammel, Rosenheimerstr. 87, II, von 7-8 Uhr Abends. Städtisches Arbeitsamt auf der Kohlinsel, Zentralherberge Simprunstr. 5.

Hamburg. Alle 14 Tage, Vormittags 11 Uhr, im Lokale „Zum schwarzen Adler“. Reisegehesent bei Kollege Kaabe, Marienauer 22.

Salzwehel. Verkehrslokal bei Frau W. Bahmer, Breite-straße. Reisegehesent bei Friedrich Schulz, Perwer, Magdeburgerstr. 6.

Inserate.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen. (Zahlstelle Hannover-Nordost).
Am Sonntag, den 19. Juni 1898: [1,65 M.]
Sommer-Vergnügen
im Zahrenwalder Park (Schilf),
bestehend in Konzert, Preisfragen, Kinderbelustigungen
und Ball.
Der Festleiter.

Zahlstelle Hamburg.
Sonntag, den 3. Juli 1898: [2,10 M.]
Großes Sommer-Vergnügen
im „Winterhuder Lindenpark“ (Inhaber F. Käsebiel, früher Köhler's Etablissement), bestehend in Ball, Preisfragen u. Preisarbeiten für Herren, sowie sonstigen Volksbelustigungen für Damen und Kinder, unter gest. Mitwirkung des Trümmers- und Pfeifertorps des Varmbecker Arbeiter-Turn-Vereins und der Bundes-Liedertafel „Frisch auf“. Abmarsch mit Musik Nachmittags 2 Uhr vom Gämsenarkt (Befestigung).
Preis der Herrenkarte 30 Pf., der Damenkarte 20 Pf.
Hierzu ladet freundlich ein **das Festkomitee.**

Zahlstelle Hamm.
Sonntag, den 26. Juni 1898: [1,70 M.]
Großes Sommer-Vergnügen
in F. Seif's Etablissement, Schiffel, bestehend in Ball, Preisfragen und Preisarbeiten für Herren, sowie sonstigen Volksbelustigungen für Damen und Kinder. Abmarsch mit Musik um 2 Uhr vom Verkehrslokal des Herrn W. Wieser, Postleimannsweg 160.
Preis der Herrenkarte 40 Pf., der Damenkarte 30 Pf.
Hierzu ladet freundlich ein **das Festkomitee.**

Main table with columns: Zahlstellen, Quartals-Nr., Eintrittsgeld, Zahl der 10 Pf. Beiträge, Beiträge, Extra-Steuer, Sonstige Einnahmen, Rassenbestand, Gesamt-Einnahmen, Abgeführt an die Verbands-Kasse, Reiseunterstützung, Total-Ausgaben, Bleibt Rassenbestand am Ort, Gesamt-Ausgaben, Zahl der Mitglieder, Zahl der Mitglieder, Zahl der Mitglieder. Rows list various locations like Alfeld, Aßen, Altenburg, etc.

Summa: | 229 | 20 | 157012 | 15701 | 20 | 32318 | 1640 | 90 | 90 | 40 | 421 | 75 | 2067 | 70 | 20750 | 75 | 11275 | 78 | 1216 | 7 | 5929 | 97 | 2328 | 98 | 20750 | 75 | 17688 | 14025 | 2720